

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 49 (1970)
Heft: 5

Artikel: Das Humanprogramm der SPÖ
Autor: Schranz, Edgar
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338241>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Dr. Edgar Schranz (Wien)

Das Humanprogramm der SPÖ

Die Sozialistische Partei Österreichs ist anfangs März als stärkste Partei aus einem harten Wahlkampf hervorgegangen. Dieser Erfolg war nicht ohne grosse Anstrengung zu erzielen. Die SPÖ hat seit dem Jahre 1966, da sie in die Oppositionstellung gedrängt worden war, alle Gebiete des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens zum Gegenstand ernsthafter Studien gemacht. Dabei wurden alle Erkenntnisse der modernen Wissenschaft umfassend und zuverlässig genutzt. Etwa 1400 Personen – Gelehrte aus allen Wissensgebieten: Mediziner, Techniker, Nationalökonomien, Pädagogen, Raumplaner – haben neben Politikern an diesem sozialistischen Programm mitgearbeitet. «Diese Zusammenarbeit von Wissenschaft und Arbeiterbewegung» – so schreibt die sozialistische Zeitschrift «Die Zukunft» – «ist ein alter sozialistischer Traum.»

In diesem Licht ist auch das von unserem Mitarbeiter Dr. Schranz kommentierte Humanprogramm zu würdigen.

R. L.

Zu ihrem 1958 beschlossenen Grundsatzprogramm hat die Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ) eine Reihe von Derivatprogrammen für verschiedene wichtige Teilgebiete des öffentlichen Lebens erarbeitet, von Parteitagen und Parteiratskonferenzen beschliessen lassen und in letzter Zeit veröffentlicht. An allen diesen Programmen haben insgesamt 1500 der hervorragendsten Fachleute und Wissenschaftler aller Sparten teilgenommen. Erstmals in Österreich wurden derartige Konzepte von einem solch grossen Spezialistenkreis und mit dieser Gründlichkeit erarbeitet. Es wurden ein Wirtschaftsprogramm, ein Schul-, Hochschul- und Kulturprogramm, ein Justizprogramm, ein Wohnungs- und Wohnprogramm, ein Sportprogramm und andere Konzepte veröffentlicht.

Für den Leserkreis der Zeitschrift «Profil» dürfte vor allem das sogenannte Humanprogramm interessant sein. (Es beschäftigt sich nur am Rande mit Fragen der Sozialpolitik, da dieser Themenkreis in einem eigenen Sozialprogramm zusammengefasst wurde.) Dazu sagt SPÖ-Vorsitzender Dr. Bruno Kreisky in einem Vorwort:

«Der Grundsatz, dass der Mensch im Mittelpunkt aller politischen Bestrebungen stehen muss, gebietet die kritische Prüfung der Umweltsbedingungen des Menschen. Es kann nämlich nicht genügen, dem Menschen allein in der wirtschaftlichen Sphäre eine gesicherte Position zu schaffen. Die unbefriedigende Umweltsituation wieder ist in höchstem Masse sozial determiniert. Der Gesellschaft und damit der Politik obliegt es, diese gesellschaftliche Bedingtheit aufzuspüren und auf Grund der gewonnenen Erkenntnisse die Umwelt im Sinne ihrer Humanisierung zu beeinflussen und umzugestalten. Das vorliegende Humanprogramm der SPÖ, Ergebnis einer fruchtbaren Zusammenarbeit hervorragender Fachleute, vermittelt der Politik die von ihr benötigten Grundlagen und Hinweise zur Emanzipation der Umwelt und damit der Lebensbedingungen des Menschen in der modernen Industriegesellschaft . . . So ist mit dem Humanprogramm der SPÖ zum ersten Male in der politischen Geschichte Österreichs ein derart weitausgreifendes gesundheitspolitisches Konzept im erweiterten Sinn des Wortes geschaffen worden. Es stellt einen bemerkenswerten Beitrag zur Schaffung wahrhaft humaner Verhältnisse in der Industriegesellschaft dar.»

Zur Krankheitsverhütung weist das Humanprogramm darauf hin, dass die geänderte Umweltsituation und die geänderte Lebensweise zu einer Reihe von Erkrankungen führen, die vermeidbar wären. Dazu ist aber ein Umdenken der ganzen Gesellschaft notwendig, die heute zwar für die Krankheitsbehandlung durch ein entwickeltes System von Gemeinschaftsleistungen Sorge trägt, zur Verhütung der Erkrankungen aber zuwenig beiträgt. Dieses Umdenken muss in erster Linie auch bei den beiden «Gesundheitspartnern», den Ärzten und den von ihnen zu Betreuenden, erfolgen. Derzeit ist der Arzt für die Behandlung der Kranken geschult, und der Kranke erwartet, dass der Arzt ihn heilt. Beide denken zuwenig an die Verhütung der Krankheit. Die Präventivmedizin ist zwar immer eine Aufgabe der Ärzte gewesen, sie muss aber in Zukunft ihre wichtigste Aufgabe werden. Der Gesunderhaltung der Bevölkerung kommt eine immer grössere Bedeutung zu. In Zukunft wird sich das Schwergewicht von der Behandlung der Krankheiten immer mehr auf die Verhütung von Krankheiten verlagern. Das Bewahren vor Krankheit ist eine humane Verpflichtung, dient der Erhaltung der Lebensfreude und ist erforderlich für eine leistungsfähige Wirtschaft. Investitionen für die Gesundheit sind auch ökonomische Investitionen. Zur Durchführung der Krankheitsverhütung ist die gesamte Ärzteschaft (frei praktizierende Ärzte, in Spitälern tätige Ärzte, Amtsärzte, Amtstierärzte, Gemeindeärzte, Schulärzte, Schulzahnärzte, Werks- und Betriebsärzte, Sportärzte usw.) heranzuziehen. In gleicher Weise haben auch Angehörige nichtärztlicher Berufsgruppen, wie Lehrer, Sozialarbeiter, Wissenschaftler, Techniker, Lebensmittelinspektoren, Krankenpflegepersonal usw., Verwendung zu finden. Alle diese Personen sind für diese Aufgaben eigens zu schulen. Vor allem zur Weiterbildung sind moderne Lehrmittel, wie programmierter Unterricht und

Fernlehrgänge, anzuwenden. Eine Hauptaufgabe zur Gesunderhaltung der Bevölkerung liegt in Erziehung und Vorsorgeberatung, Erziehung zu einer gesunden Lebensweise und Aufklärung über die Gefahren gesundheits-schädigender Einflüsse. Gesundheitserziehung, Vorsorgeberatung und Aufklärung erfolgen als Einzelberatungen in ärztlichen Ordinationen, Ambulanzen, Ambulatorien und Beratungsstellen, ebenso aber auch in kleineren und grösseren Gruppen in Schulen und Betrieben, durch Organisationen und Vereine. Personen und Institutionen, die sich beispielgebend mit Gesundheitserziehung befassen, sind zu fördern. Die Massenmedien sind für die Erziehung und Aufklärung unter wissenschaftlicher Leitung und Kontrolle heranzuziehen. Falsche Information und unseriöse Werbung auf dem Gesundheitssektor sind zu unterbinden. Die Bevölkerung hat Aufklärung über richtige Ernährung, über bedeutungsvolle Krankheiten (Krebs, Diabetes, Rheuma, Infektionskrankheiten, Herz- und Kreislauferkrankungen, Zahnerkrankungen usw.) zu erhalten, ebenso Aufklärung und Beratung über die Gefahren des Alkohol-, Nikotin- und Medikamentenmissbrauchs. Im Rahmen der Präventivmedizin soll der Gesundheitsberatung (Ernährung, Bekleidung, Sport, Unfallverhütung, Familienplanung, Berufswahl, Berufswechsel, Freizeit- und Urlaubsgestaltung, Medikamente, Alkohol, Nikotin, Schwangerschaft, richtige Lebensweise der älteren Generation) besonderes Augenmerk zugewendet werden. Die Gesundheitserziehung soll bereits bei Kindern und Jugendlichen einsetzen. Das Humanprogramm tritt für die Schaffung einer Akademie für soziale Berufe und für die entsprechende Erweiterung des Medizinstudiums ein.

Der Früherkennung von Krankheiten wird ein besonderer Platz eingeräumt. Zu diesem Zweck soll ein gesamtösterreichisches Planungskonzept erarbeitet werden. Angestrebt werden möglichst lückenlose Gesunderuntersuchungen auf Länderebene. Alle Vorsorgeuntersuchungen sollen bei freier Arztwahl als Einzeluntersuchungen im Rahmen der Krankenversicherung beansprucht werden können. Es sollen ein oberster Gesundheitsausschuss auf Bundesebene und Landesgesundheitsausschüsse eingerichtet werden.

Der Ausbau der ärztlichen Betreuung sieht vor, dass in allen Teilen der Republik eine genügende Zahl ärztlicher Behandlungsstellen (Ordination, Ambulatorien, Ambulanzen usw.) eingerichtet werden. In allen Bundesländern soll überdies ein permanenter ärztlicher Notdienst geschaffen werden. Im Rahmen der nichtärztlichen Betreuung sollen ein permanenter nichtmedizinischer Notfallpflegedienst, Heimhilfedienst und ähnliche Einrichtungen installiert werden. Zur Betreuung erkrankter Säuglinge und Kleinkinder sollen berufstätige Mütter jährlich einen Pflegekarenzurlaub im Höchstausmass von zehn Tagen erhalten. Die medizinische Nachbetreuung soll intensiviert werden. Dasselbe gilt für die Ausbildung und Weiterbildung der frei praktizierenden Ärzte. In einem eigenen Kapitel über alte Menschen werden die besonderen Probleme des dritten Lebens-

alters behandelt. Hier werden ausgedehnte Beratungsdienste (Altersberatungsstellen) mit Ärzten (Gerontologen), Psychologen, Soziologen, Sozialarbeitern, Juristen und Volksbildnern verlangt. Das Humanprogramm tritt für die Förderung einer sinnvollen Freizeitnutzung der Rentner und Pensionisten ein (kulturelle und volksbildnerische Veranstaltungen, Vorträge und Diskussionen, Beschäftigungstherapien, Hobbygruppen, Exkursionen, Ausflüge, Urlaubsaufenthalte usw.), für den Ausbau von Pensionistenheimen und besonders solchen mit angeschlossenen Pflegestationen, für die Errichtung altersgerechter Wohnungen sowie von Betreuungs- und Besuchsdiensten.

Überfällig ist auch in Österreich die organisatorische und finanzielle Neuordnung des Krankenhauswesens. Die Kleinstkrankenhäuser, die den modernen Anforderungen schon längst nicht mehr entsprechen, sollen zeitgemässen Einrichtungen weichen. Folgende Neuorganisation des Krankenhauswesens wird angestrebt: Regelkrankenhäuser (jedenfalls mit bettenführenden Abteilungen für Chirurgie, interne Medizin, Gynäkologie und Geburtshilfe sowie für Kinderheilkunde), Schwerpunktkrankenhaus (mit bettenführenden Abteilungen für sämtliche anerkannte Fächer der Medizin und sich neu entwickelnde Sondergebiete), Sonderkrankenanstalt (wie für Tuberkulose, psychiatrische Langzeitbehandlung, Kinderkrankheiten usw.).

Im Humanprogramm wird ein radikaler Ausbau der medizinischen Rehabilitation verlangt. Dazu heisst es:

«Alle Rehabilitationseinrichtungen, ganz gleich welcher Art, müssen allen Behinderten in Österreich offenstehen. Bei der Neuerrichtung von Rehabilitationseinrichtungen medizinischer, pädagogischer und beruflicher Zielsetzung müssen neben regionalen Bedürfnissen auch überregionale Bedürfnisse Berücksichtigung finden. Im Hinblick auf die Tatsache, dass die Zahl der körperlich Behinderten im Abnehmen und die der geistig und seelisch Behinderten im Zunehmen begriffen ist, müssen geistige und seelische Behinderungen bei Schaffung neuer Institutionen stärker berücksichtigt werden. Die Rehabilitationseinrichtungen vorwiegend medizinischer Zielsetzung müssen unter anderem auch durch Einsatz von Beschäftigungs- und Arbeitstherapeuten, unter Mitwirkung der Berufsberatung und Sozialarbeiter, in Teamarbeit am Krankenbett mit der Rehabilitation beginnen, wenn sich im Einzelfall herausstellt, dass eine Behinderung zu erwarten ist oder bereits besteht. Im Rahmen der Einrichtungen der Rehabilitation vorwiegend pädagogischer Prägung sind grundsätzlich auch Sonderkindergärten zu schaffen, um eine frühzeitige medizinische und sozialpädagogische Betreuung des behinderten Kleinkindes sicherzustellen. In allen Bundesländern sind mehr Spezialeinrichtungen für behinderte Schulkinder zu schaffen. Im Rahmen der Rehabilitation muss auch der Rechtsanspruch der Behinderten ihrer Begabung entsprechend auf höhere und akademische Berufsausbildung gesichert sein. In Hochschulstädten ist

Schwerbehinderten durch Ausschaltung architektonischer Barrieren und Bereitstellung von Hilfsmitteln der Besuch der Hochschulen zu ermöglichen, wie überhaupt architektonische Barrieren abzubauen sind.» Es sollen Lehrzentren für Rehabilitation geschaffen und alle Aspekte der Rehabilitation in die Studien- und Lehrpläne der entsprechenden Berufsgruppen aufgenommen werden.

Auf dem Gebiet der Unfallverhütung wird die Einrichtung eines Obersten Unfallverhütungsbeirates mit entsprechenden Organen in allen Bundesländern vorgeschlagen. Ferner soll ein Kuratorium für Sicherheitserziehung gegründet werden, schliesslich auch eine Akademie für Haushaltforschung. Sie soll sich vor allem mit folgenden Fragen beschäftigen: «Vorbeugende Unfallforschung; Erstellung eines Programms für Erhebungen zum Zwecke einer Unfallursachenanalyse, um Massnahmen zur Unfallverhütung zu erarbeiten; Erstellung von Unterlagen für Vorlesungen über Sicherheits- bzw. Sozialtechnik an den Hochschulen; Erstellung von Unterlagen für den Schulunterricht, die von der Abteilung Sicherheitspsychologie psychologisch und pädagogisch aufbereitet werden; Erstellung von Normen aus den Erkenntnissen der Sicherheitsforschung, in Zusammenarbeit mit bereits bestehenden, spezialisierten Prüflabors und dem ‚Fachnormenausschuss Sicherheitstechnik‘; Koordination und gegenseitige Information einschlägiger Forschungsvorhaben; Vergabe von Forschungsaufträgen und Errichtung von Forschungszentren in allen Bundesländern.» Auch ein Pannendienst für den Haushalt soll nach Möglichkeit eingerichtet werden.

Im Rahmen dieser kurzen Betrachtung konnten selbstverständlich nur die wichtigsten Kapitel des Humanprogramms einigermaßen kommentiert werden. Das Konzept beschäftigt sich ausserdem noch mit Sport, Arbeitszeit, Urlaub, Freizeit, Problemen der psychosozialen und psychomatischen Erkrankungen, Wasserreinhaltung, Luftreinhaltung, Lärmbekämpfung und Ernährungspolitik.

Und eine Prämie werde ich persönlich jedem Polizeibeamten zahlen, der vor einem deutschen Gericht aussagen würde: «Ich fand nicht den Mut, sie niederzuknüppeln, sie niederzureiten, sie in die Fresse und über den Kopf zu schlagen; ich fand nicht den Mut, den Wasserwerfer auf die zu richten, die gegen jenen Herrn und Herrscher demonstrierten, der erst nach der dritten Aufforderung es für notwendig hielt, vor einem deutschen Gericht zu erscheinen und für sein Nichterscheinen mit einer Strafe belegt wurde, die ihn kaum so hart treffen dürfte wie mich, den Polizeibeamten, der Verlust einer Schachtel Zündhölzer.» Eine Prämie für jeden Polizeibeamten, der den Mut nicht findet!

Aus der Festansprache von *Heinrich Böll* zur Woche der Brüderlichkeit